

Partei und Politik

Die Deutsch-Abteilung ist in einem alten Gebäude in der Bei Wai untergebracht. Im ersten Stock und im zweiten Stock befindet sich im Gang jeweils ein rotes Schild mit Hammer und Sichel. Ja, das seien die Bretter der Partei. Der eingravierte Text ist immer derselbe: Irgendwas von Vorbild der Partei, sagt meine Begleiterin. Im zweiten Stock hängt rechts daneben ein Papier. Ich will wissen, was draufsteht. Sie schaut hin und sagt, dies seien die Namen der Parteimitglieder – ungefähr 20 (von 450 Studenten und vielleicht 30 Hochschullehrern).

Was sie denn als Mitglieder denn so alles machen würden, war meine Frage. Sie müssten Vorbild für andere sein. Gut, aber worin lägen ihre Aktivitäten? Sie würden von Zeit zu Zeit über die Auswahl neuer Mitglieder entscheiden. Und außerdem würden sie über die Direktiven der Partei diskutieren, aber mitbestimmen könnten sie diese nicht. Die „Definitionsmacht“ (so sagten wir) liege woanders. So alle zwei Monate würde sich die Parteigruppe treffen. Ich fragte nicht, ob sie auch Mitglied sei, aber eigentlich war es klar, dass sie auch als sehr gute Studentin nicht drin war.

Im neuen Teil des Campus – auf der anderen Seite der Dritten Ringstraße – findet sich ein eingehender Wegweiser. Die Hochschule ist nach Sprachgruppen gegliedert; die Angaben, wo man welches Büro findet, sind in der jeweiligen Sprache abgefasst. Überall steht das Büro der Partei an erster Stelle, auf Russisch allerdings ist von „Politrabotka“, nicht von Partei die Rede. Diese ist dort wohl nicht mehr so populär. In der Deutsch-Abteilung habe ich entsprechende Hinweise noch nicht entdecken können.

Letztes Jahr in Shanghai hatten sie mir erzählt, von Zeit zu Zeit gebe es einen „Aktionstag“. Da höre man Vorträge. Ich hatte eingewandt, so sei das in der DDR auch gewesen, und das sei doch nur eine Pflichtübung. Sie hatten mir nachhaltig widersprochen; die Vorträge seien durchaus spannend, gute Referenten, und es würde viel diskutiert. Auch Prof. Gao meinte, es lohne sich; er sei selbst nicht in der Partei, aber für die Nicht-Mitglieder gab es ähnliche Veranstaltungen. Während meines Aufenthalts war dann ein solcher Aktionstag gewesen; in einem großen Anwaltsbüro war aufgefallen, dass während der fraglichen Woche alle chinesischen Angestellten aus irgendeinem Grund überraschend einen Tag frei haben wollten. Die Partei im Untergrund des selbst gebauten Kapitalismus?

Prof. Mi von der Universität für Politik und Recht ist ein ehemaliger Provinzrichter, der jetzt als Professor tätig ist. An seiner Uni wird ein Drittel der chinesischen Richter und Rechtsanwälte ausgebildet, also eine ganze Menge. Er spricht gut deutsch und geht nächsten Monat für drei Monate als Gastprofessor nach Frankfurt. Beim Mittagessen kommen wir auf die Verfassung von Hongkong zu sprechen, wo der Kapitalismus noch für fünfzig Jahre garantiert ist (einschließlich der „kapitalistischen Lebensformen“). Vom Sozialismus sei nicht viel übrig geblieben, meinte er. Man betreibe Kapitalismus in seiner ursprünglichsten Form. Ich widerspreche etwas – es funktioniere doch ganz gut, es arbeite nicht jeder gegen jeden. Er scheint etwas erleichtert. Und ich hätte im Kapitalismus auch noch nie erlebt, dass man als Gastprofessor gleich bei der ersten Begegnung vom Dekan zum Mittagessen eingeladen werde. Man sollte das Thema beim ersten Mal nicht vertiefen und nicht zu ernste Diskussionen führen.

Heute, Donnerstag, kommt ein Artikel in „China Daily“ über die Krankenversicherung. Bis vor zwei Jahren seien nicht einmal 10 Prozent der städtischen Bevölkerung von der Krankenversicherung erfasst gewesen. Das Land wird nicht erwähnt, aber dort ist es mit Sicherheit schlimmer. Nach einer Umfrage geht knapp die Hälfte der Kranken nicht zum Arzt, und knapp 30 % gehen nach Hause, obwohl sie im Krankenhaus behandelt werden müssten. Erstmals im laufenden Jahr habe die Regierung ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen erhöht, vorher seien sie „trotz des robusten wirtschaftlichen Wachstums“ gesunken. Ohne ein wirksames Gesundheitssystem, das wirklich der Bevölkerung diene, sei „Soziale Harmonie“ (ein Leitbegriff der Partei) „only empty talk“. Man kann die Realität also an den Ansprüchen der Partei messen; früher hätte man wohl schon die Möglichkeit, eine Parteiparole könne „nur leeres Geschwätz“ sein, als unerhört empfunden und einen entsprechenden Artikel nicht abgedruckt. Die ganzen Aussagen sind im Übrigen verknüpft mit einer Schilderung der Arbeitssituation eines bekannten Kardiologen: Die Leute kommen rein in sein Büro, beklagen sich, dauernd klingelt das Telefon, immer muss er Notlösungen vorschlagen, bei denen vielleicht eine ordentliche Versorgung und eine Heilung möglich ist. Diese Art, vom Konkreten zu reden und das Abstrakte durchschimmern zu lassen, ist mir sehr sympathisch. Auch die Tatsache, dass Frau und Sohn eines bei einer Operation Gestorbenen einen großen schwarzen Sarg in den Klinikgarten gestellt hatten, wo er mehrere Tage lang stand, hätte man aus deutscher Sicht nicht vermutet.

In den letzten Tagen ist es mir endlich gelungen, das Buch von zwei Amerikanern, Keeran und Kenny, über das Ende der Sowjetunion zu lesen. Unheimlich gut dokumentiert und trotz seines Titels „Socialism betrayed“ alles andere als der Versuch einer Verschwörungstheorie oder einer Erklärung durch das Verhalten von ein paar besonders großen Schweinen. Es gibt in den USA eine Unmenge Literatur über das Thema (auch da sind sie uns voraus, leider), von Freunden der ehemaligen Sowjetunion, von Nicht-Freunden und von professionellen Antikommunisten, denen ja nun ihr „Krankengut“ abhandengekommen ist. Keeran und Kenny ergänzen die zahlreichen Theorien um die Aussage, es habe in der SU seit vielen Jahren ein „zweiter Markt“ bestanden; in manchen Republiken lag der durchschnittliche Verdienst aus diesem zweiten Markt erheblich über dem, was man „offiziell“ d.h. auf dem ersten Markt verdiente. Auf diese Weise sei ein Kleinbürgertum mit eigenen wirtschaftlichen Interessen entstanden, die nicht auf das bessere Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft gerichtet gewesen wären. Da das Meiste auf dem „schwarzen Markt“ illegal war, habe sich viel Korruption entwickelt, die auch weite Teile der Partei erfasst habe. Letztlich sei dies die soziale Basis für Gorbatschow gewesen, der sich immer für die „Legalisierung“ dieser Bereiche und damit letztlich für marktwirtschaftliche Strukturen eingesetzt habe. Gleichwohl hätte es nicht so kommen müssen. 1985 war die Situation der SU nicht gut, aber das auf rund 3 % reduzierte Wachstum und die schlechte Qualität der Konsumgüter hätten keine katastrophalen Ausmaße erreicht. Die von Andropow verfolgten Ansätze hätten wahrscheinlich Erfolg gehabt, wenn er nicht schon nach 15 Monaten gestorben wäre. Der Sache nach ging es um eine Stärkung des „ersten Marktes“ durch höhere Lohndifferenzierung; Chruschtschow habe hier für eine völlig unsinnige Nivellierung gesorgt. Außerdem Bekämpfung von Korruption (was ja durchaus populär ist, besonders wenn es sie im Alltag gibt und die meisten nicht partizipieren) und konsequente Unterstützung der Befreiungsbewegungen (also auch ein bisschen Perspektive). Mir fällt bei dieser Gelegenheit der alte DDR-Witz ein: Ein Dschugdsche (so eine Art russischer Ostfriese) bewirbt sich Mitte der achtziger Jahre bei der Parteihochschule, aber bei der mündlichen Aufnahmeprüfung weiß er rein gar nichts. Schließlich fragt man ihn: Wie alt ist die Sowjetunion, und er sagt: Sechs Jahre. Nachdem er durchgefallen ist, will ein Prüfer von ihm wissen, weshalb er das mit den sechs Jahren gesagt habe. Na ja, meint er: 5 Jahre Lenin und ein Jahr Andropow. Doch Spaß beiseite: Gorbatschow verfolgte zunächst auch die Ansätze von Andropow, doch ab Anfang 1987 handelte er offen im Interesse von „mehr Markt“ und tat alles, um den Einfluss der

Partei zurückzudrängen. Sein Freund Jakowljew setzte die entsprechenden Leute an die Spitze der Presseorgane und des Fernsehens, weshalb dann der Nina-Andrejewa-Brief, in dem die Politik Gorbatschows kritisiert wurde, gerade das Gegenteil von dem bewirkte, was er eigentlich intendierte. Weshalb Gorbatschow dies alles tat und weshalb sich nicht mehr Widerstand regte, lässt sich erklären. Fidel Castro sagte, die Sowjetunion sei nicht untergegangen, sie habe Selbstmord begangen. Doch das liest man am besten bei Keeran und Kenny nach.

Das Interessante ist die Markt-These, wegen der chinesischen Wirtschaftsstrukturen. Nun scheint die chinesische Führung sehr viel überlegter und vorsichtiger zu handeln als die sowjetische unter Gorbatschow. Aber entscheidender ist, dass sie ja nicht den Markt bekämpft oder mittelbar duldet, sondern positiv fördert. Immer mehr ausländische Investitionen, immer mehr Wirtschaftswachstum, immer mehr Unternehmer. Die Sachenrechtsreform wird nun doch weitergetrieben, und vermutlich wird dann auch im Gesetz stehen, dass man Staatseigentum privatisieren kann. Also nicht nur ein Nutzungsrecht für 30 oder 50 Jahre einräumen darf. Wer als Unternehmer von dieser Politik profitiert, wird einen Teufel tun, sich gegen sie zu wenden: Wer könnte garantieren, dass ein Mehrparteiensystem nicht zu einer Regierung führt, die anfängt, Privilegien zu beschneiden? Solange es einem so gut geht wie jetzt, wird man nichts unternehmen. Auch die ausländischen Handelspartner bis hin zu den USA kommen mit dem Status quo ganz gut zu Recht. Und außerdem: Wer könnte die 1,3 Mrd. Menschen wirklich zusammenhalten? Das ist die eine Seite.

Die andere ist der Anspruch der Partei, die ja nicht angetreten ist, um den Frühkapitalismus zu installieren. Was sagt man den Mitgliedern in den armen Regionen? Oder den Arbeitern in Shanghai und Beijing, die keine stabilen Arbeitsverhältnisse mehr haben und nicht krankenversichert sind? Sie müssen irgendwie vom Aufschwung profitieren, sonst könnte es zu ernsthaften Schwierigkeiten kommen. Wie diese „Befriedungsfunktion“ der Partei funktioniert, weiß ich nicht. Auch muss ja die Armee bei dem ganzen Aufschwung was abbekommen, sonst bleibt sie nicht loyal. Vielleicht ist auch das traditionelle Hierarchiedenken noch „antirevolutionärer“ als das deutsche Ordnungsdenken: Es gibt bei den Unis eben höher- und geringerwertige, ein Praktikum in Deutschland ist Gold wert (wohl auch wörtlich zu nehmen), es gibt hochrangige und weniger hochrangige Professoren usw. Das ist irgendwie vorgegeben und nicht auf das sozialistische Leistungsprinzip bezogen:

„Alle sind gleich“ wäre eine etwas eigenartige Parole, die wohl mit einem höflichen „es gibt viele Gedanken“ beantwortet würde.

Am Sonntagabend esse ich mit Frau Chen zu Abend und sie erzählt mir von sich aus, dass sie Parteimitglied sei. Die Partei habe Zulauf; als sie mit dem Studium begonnen habe, sei sie das einzige Mitglied in ihrer Klasse von 25 Studenten gewesen, jetzt seien es 8 oder 9. Man werde nur aufgenommen, wenn man sehr gute Studienergebnisse habe und auch das sonstige Verhalten einwandfrei sei. Man müsse in seiner Umwelt akzeptiert sein. Später frage ich, ob es denn so etwas wie gemeinsame Überzeugungen der Parteimitglieder gebe. Sie bejaht das: Wer in der Partei sei, denke nicht nur an den eigenen Profit, sondern wolle was für die Allgemeinheit tun. Die von mir ins Spiel gebrachten Grundwerte „Solidarität“ und „Gleichheit“ scheinen viel zu abstrakt zu sein. Die „harmonische Gesellschaft“ sei ein Begriff, den es auch im Buddhismus, der traditionellen chinesischen Religion gebe. Man versuche, diesen mit dem Marxismus zu versöhnen.

Ich erzähle von dem Aktionstag in Shanghai. Das habe es vor eineinhalb Jahren zum letzten Mal gegeben, meinte sie. Die Politik von Hu sei sehr viel pragmatischer als die von Jiang Tse-min. Also nur gute Zusammenarbeit mit dem Kapital in aller Welt. Ich erzähle von meinen sehr positiven Erfahrungen mit Führungsfiguren auf einem früheren Besuch, die Lernbereitschaft sei groß. Nur 19 % der Parteimitglieder seien Frauen, habe ein führender Funktionär der SPD-Delegation geklagt, da müsse sich was ändern, und anschließend intensiv nach der Quote und ihren Auswirkungen in der Realität gefragt. Meine These: Man macht jetzt noch 10 Jahre so weiter, investiert auf der Grundlage von Konsumverzicht ohne große Verschuldung so lange, bis man den Reichtum Europas oder der USA erreicht hat. Dann kann man den ursprünglichen Anspruch einlösen und umverteilen. Sie meint, der reiche Osten würde doch dem armen Westen nichts abgeben – ich sage, wenn der sich wehre, sei das anders, auch könne man das sehr unterschiedlich verpacken. Sie verweist außerdem auf das Programm zur Entwicklung des Westens, ich verweise auf die Erfahrungen in Cheng-Du, wo man viel Industrie angesiedelt hat, obwohl es im Westen liegt. Warum andere Teile des Landes nicht genauso entwickeln? Also müsste es doch gehen. Aber 10 Jahre seien viel zu kurz, um das Niveau der entwickelten Länder zu erreichen. Mag sein, dass es 15 oder 20 Jahre dauert, aber schließlich können die Chinesen heute schon genauso gut Lkws bauen wie wir und haben einen Teil von IBM aufgekauft. Auch seien die Produktionskapazitäten für Pkws, die Daimler, VW und andere aufbauen, so groß, dass man gar nicht alles in China verkaufen

kann. Also muss man exportieren. Dies schafft wichtige Verbündete, wenn es darum geht, die Unterbewertung des Yuan aufrecht zu erhalten und so auf dem Weltmarkt billiger als andere zu sein. Eine schlaue Idee, woran sie noch nie gedacht hatte. Samuelson ist ihr ein Begriff, aber wir wissen beide nicht weiter bei seiner These, der internationale Handel verliere seine Grundlage, wenn die Chinesen überall überlegen seien. Wie würden die Amis darauf reagieren, wenn die Chinesen ihre Unternehmen aufkaufen und die Belegschaften auf die Straße setzen? Irgendwie empfinde ich bei einer solchen Vorstellung etwas Schadenfreude; ein Glück, dass die Chinesen auch über Atomraketen verfügen, sonst käme am Ende eine militärische Lösung in Betracht.

Frau Timmermann bestätigt die Aussagen über die Parteimitglieder. Es gäbe aber auch gute Studenten, die gingen nicht in die Partei, weil sie in einem ausländischen Unternehmen arbeiten wollen und meinen, da sei das hinderlich. Im Übrigen gäbe es auch in den USA so was wie „community work“, was man neben dem College macht: Man hilft sozial Schwachen bei Schulproblemen, versorgt Alte usw. Das habe viele Parallelen. Die eigentliche Frage ist m.E., inwieweit die Partei auch eine geistige Vorhut ist, gewissermaßen Dinge erklären kann, die dem Durchschnittsbürger oder –studenten so nicht klar sind. Da reicht es nicht „Das Kapital“ zu lesen; der arme Marx konnte doch nichts darüber sagen, inwieweit es für ein großes Entwicklungsland, was China 1949 war, möglich und sinnvoll ist, einen kapitalistischen Entwicklungsweg zu wählen und unter welchen Voraussetzungen dieser zu unumkehrbaren Privilegien und Ungerechtigkeiten führt oder nur eine durchaus korrigierbare Entwicklung bringt. Darüber müsste man nachdenken und publizieren, statt sich mit dem Anti-Dühring herumzuquälen.

Ich spreche auch mit dem Dekan über die Parteigruppe in der Deutsch-Abteilung. Es würde viel diskutiert in der Partei; die Frage, inwieweit das auch noch oben dringe, ließ sich nicht klären. Der Parteisekretär sei wichtiger als der Rektor, er bestimme, wo's lang geht. In der Deutsch-Abteilung ist der ältere Kollege, der gut Deutsch spricht, der Parteisekretär. Er kann als Dekan nicht ohne diesen handeln, denn der hat die Stempel; umgekehrt brauche auch dieser seine, des Dekans, Unterschrift. Also eine Art Vieraugenprinzip. Sie hätten eine Arbeitsteilung. Wenn jemand unzufrieden und sauer sei, würde der Parteisekretär aktiv werden; der habe eine sehr beruhigende Wirkung. Die Administration sei seine Sache. Man verstehe sich gut. War auch mein Eindruck, als ich sie zusammen gesehen habe.

Heute am 12.10. ist der Aufmacher in der China Daily „Plan unveiled to build harmonious society“. Das ZK hat nach vier Tagen ein Papier veröffentlicht, das von der „Harmonischen Sozialistischen Gesellschaft“ spricht. Das „sozialistisch“ habe ich bisher nicht entdecken können. Soziale Ungleichheit solle durch eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung beseitigt werden. Auch die Korruption soll stärker bekämpft werden. Die Zeitung meint, dies sei auch eine Reaktion auf zahlreiche Klagen über hohe Kosten für die Bildung, für das Wohnen und für die medizinische Behandlung. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung seien zu koordinieren. Auch das demokratische Rechtssystem und der Schutz der Menschenrechte sollen bis 2020 verstärkt werden. Der Kommentar auf S. 4 spricht von einer „formula of hope“.

Es kommt wieder ein Leitartikel von Li Xing, die den Beitrag über harmonische Gesellschaft und medizinische Versorgung geschrieben hatte. Dazwischen hatte sie die 90jährige Witwe des Chefs der Roten Armee im Bürgerkrieg interviewt, d.h. eigentlich nur über sie berichtet. Heute kritisiert sie, dass man in einem entlegenen Landkreis alle Internet-Cafés bis auf zwei zugemacht habe; Fangxian, „an obscure mountainous area“, sei dadurch zu einer nationalen Berühmtheit geworden. Das Internet würde aber nicht vom Lernen abhalten, sondern den Blick auf die Welt öffnen. Wer es nicht habe, sitze wie in einem Brunnen und könne nicht wahrnehmen, was sich da oben auf der Erde abspiele. Alle, die nicht das Geld hätten, sich einen eigenen Anschluss zu leisten, würden durch die Schließung benachteiligt. Menschen zwischen 18 und 30 Jahren machen 57,3 % der 123 Mio chinesischen Internet-Nutzer aus. Im Durchschnitt würden sie weniger als 1500 Yuan im Monat verdienen, also ist das Internet-Café die einzige Chance für sie. Die Kombination aus Roter Armee und Internet gefällt mir. Vielleicht schreibe ich ihr mal eine e-mail, die Adresse steht jedenfalls unter dem Artikel.

Ich diskutiere mit Herrn Wang die aktuellen politischen Fragen. Er sagt, die Partei meine es ernst, sie engagiere sich jetzt für die „kleinen Leute“. Die Chance einer Arbeitsrechtsreform schätzt er positiv ein. Der Wortwahl („sozialistische“ Harmonie) misst er keine Bedeutung bei. Ein Risiko für die Wirtschaftsentwicklung bestehe insoweit, als Inflation entstehe, wenn man zuviel in die Infrastruktur der zurückgebliebenen Gebiete investiere. Man brauche in der Landwirtschaft halt nur noch 100 Mio Menschen. Ich verweise auf die Entwicklung in Cheng-Du, wo inmitten des Westens unheimlich viel investiert wurde. Er meint, die meisten Wanderarbeitnehmer kämen gleichwohl aus Sechuan, dessen Hauptstadt Cheng-Du ist. Ein wirtschaftliches Risiko bestehe insoweit, als viele Unternehmen schon heute für den Export in

die USA produzieren; wenn dort die Wirtschaft zurückgehe, bekomme auch China ein Problem. So ganz stimmt das wohl nicht, weil man in einer US Wirtschaftskrise ja wohl nicht ausgerechnet auf die billigen China-Importe verzichten wird. Aber das ist alles auch ein Stück Spekulation.

Er hat für die Spitzen von Bundeswehr und Volksbefreiungsarmee gedolmetscht. Man sei sehr offen miteinander umgegangen und habe auch über nicht militärischen Krieg gesprochen. Ich verweise auf die eine Billion US-Dollar Staatsanleihen; wenn man sie verkauft, ist der US-Fiskus am Ende. Er grinst; offensichtlich wird das auch so gesehen. Die Gehälter der Militärs sind dieses Jahr verdoppelt worden; ein Leutnant hat dennoch nur ca 3000 Yuan. Er habe aber auch kein Risiko wie ein Unternehmer. Ich fange an zu erzählen, wie man sein Risiko beschränkt. Wenn man einmal seine Millionen auf der hohen Kante hat, kann man die GmbH durchaus bankrott gehen lassen. Die Militärs hätten jedenfalls in den unteren Rängen durchaus Grund, auch ein bisschen unzufrieden zu sein. Das wird aber ersichtlich nicht als Problem gesehen.

Heute, Freitag, lese ich in der China Daily einen Artikel, dass die „harmonische Gesellschaft“ sich auf die ganze Welt beziehe, also auch für die auswärtigen Beziehungen gelte. Sie bedeute im Übrigen, dass man sich nicht mehr auf den Klassenkampf stütze. So was gab's in der SU auch mal („Der Staat des ganzen Volkes“), ist irgendwie ja auch logisch, wenn es keine Kapitalisten mehr gibt oder wenn man glaubt, sie unterm Daumen zu haben.

Ein Leitartikel befasst sich mit dem Männerüberschuss. Auf 100 Mädchen kommen 120 Jungen bei den Geburten. Dies sei ein Phänomen der ländlichen Gebiete; dort gehe man davon aus, ein Sohn sei eine bessere Versorgung für das Alter. In den Städten sei es oft umgekehrt, da man einer Tochter mehr Familiensinn zutraue. Man müsse eine umfassende Sozialversicherung schaffen, damit die familiäre Altersversorgung nicht mehr dieselbe Bedeutung habe. Das wird noch dauern. Allerdings würde das Hineinpumpen von staatlichem Geld in die Sozialversicherung anders als Infrastrukturprojekte nicht inflationär wirken.

Beim Abendessen mit Yüfei und Yuhan ist die Diskussion sehr viel schleppender als im individuellen Gespräch. Yüfei meint, das „sozialistisch“ sei eine Art Verbeugung vor der Tradition, man wolle die Leute nicht unzufrieden machen. Das Programm sei durchaus ernst gemeint und man wolle was tun. Im Übrigen gehe es auch den Bauern ein wenig besser; sie

seien nicht an Revolte, sondern am besseren Leben zu Hause oder in den Städten interessiert. Yuhan kritisiert heftig, dass man in Deutschland immer nur Negatives über China berichte wie z.B. Unglücke in Bergwerken. Ich erzähle, dass es diese Einseitigkeiten auch in der deutschen Innenpolitik gebe; wenn sich ein Sozialdemokrat nicht ganz korrekt benehme, sei es ein Skandal, bei einem CDU'ler eine Ungeschicklichkeit. Dass es ein Rechts-Links-Problem ist und man die Chinesen immer noch irgendwie als suspekten Kommunisten betrachtet, kann ich ihnen nicht so recht begreiflich machen. Sie halten das alles mehr für nationale Vorurteile. Die Bergwerke seien im Übrigen privat, in Wirklichkeit für 40 Jahre „gekauft“, aber erst jetzt kümmere sich der Staat um die Sicherheit. Die „schlechte Presse“ im Ausland führt übrigens zu einer Art „Wir-Gefühl“; man fühlt sich kollektiv angegriffen und verteidigt die Heimat mit allen denkbaren Argumenten.

Sie meinen, die Partei könne auch den Unternehmern wehe tun. Ich erzähle, wie diese in der sozialliberalen Zeit Druck auf die Regierung ausgeübt hätten, indem sie drohten, keine Lehrstellen mehr zur Verfügung zu stellen und ggf. das Kapital im Ausland zu investieren. Das mit der Ausbildung sei hier anders – klar, aber es gäbe ja die Kapitalflucht. Reiche Chinesen hätten durchaus ihr Geld im Ausland. Ob man dieses denn einfach so ins Ausland bringen könne; sie wissen nicht so recht, ob das eigentlich möglich sei. Ich vermute, dass nein. Vermutlich ist es illegal, wenn die Regierung einem Auslandsengagement nicht zustimmt. Aber Genaueres muss ich noch in Erfahrung bringen. Vielleicht hilft da der Repräsentant der NordLB in Shanghai, dem ich heute, Montag, eine E-Mail geschickt habe.

Im Gespräch mit Miao und ihrer Freundin am Sonntag Abend meint Miao, die Korruption sei wirklich schlimm. Insbesondere ganz oben. Ich verweise darauf, dass im Moment ein Strafverfahren gegen den Bürgermeister oder Vizebürgermeister von Shanghai läuft, der würde vielleicht sein ganzes weiteres Leben im Knast verbringen. Aber es gebe eben niemand, der die ganz oben kontrolliere. Ich will wissen, wer eigentlich betroffen sei. Insbesondere Unternehmer, die z.B. ein Grundstück wollten. Ob es denn „Tarife“ gebe? An sich schon, aber wer mehr bezahle, bekomme das Grundstück, da spiele die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit keine Rolle mehr. Insoweit ist es schon was anderes, wenn man bestechen muss statt Grunderwerbsteuer zu bezahlen, die es hier nicht gibt; die Beträge können sich ja durchaus ähneln. Auch Normalbürger müssten z.B. bei der Einschulung ihres Kindes oder im Krankenhaus bezahlen, aber was Konkretes wussten sie darüber nicht. Ich vermute, es ist da

wie bei der Polizei in Beijing, im Regelfall läuft es so. Vielleicht, wenn es um das zweite oder dritte Kind geht, das man eigentlich nicht haben darf...

Ich erzähle von meinen Korruptionserfahrungen in Lateinamerika, insbesondere von der Post in Sao Paulo. Sie finden das sehr interessant, aber sie insistieren, weil die Obersten niemand kontrolliere, würden halt nicht alle erfasst. Ich habe Bedenken, dass auch die Obersten korrupt sind, warum sollen sie ihren Job aufs Spiel setzen? Sie hatten im Zweifel im Laufe ihrer Karriere schon genügend Gelegenheit, sich ein Extra-Vermögen zu schaffen. Meine These: Man kann die Korruption wie unter Stalin bekämpfen, muss dann aber drakonische Sanktionen und ein umfassendes Spitzelsystem haben. Viel sinnvoller erscheint es mir, wie in Argentinien bei den Richtern ein gutes Gehalt einzuführen und dann jeden gnadenlos rauszuwerfen, der noch die Hand aufmacht. Ich erinnere mich, wie sich Capon Filas, ein argentinischer Bundesrichter und engagierter Bürgerrechtler, über sein neues Gehalt freute und mich zum Mittagessen einlud – er war als christlicher Menschenrechtsaktivist nie korrupt gewesen und hatte nun plötzlich den wohl verdienten Wohlstand. Bei andern sei es aber so, dass sie nun wirklich ehrlich sein müssten, sagte er mir. Im Prinzip ist es ja auch bei uns so – wer riskiert seinen guten Job wegen 50 000 Euro Bestechungsgeld? Das weiß jeder und deshalb kommt niemand auf die Idee, dem OLG-Senat finanzielle Hilfe anzubieten. Dies hierher zu übertragen wäre eine gute Lösung.

Abendessen mit Yufei. Ich erzähle ein bisschen, was ich früher in der Friedensbewegung gemacht habe. Heute habe hier niemand Lust zum Demonstrieren, sagt sie. Selbst bei den Demos gegen die Japaner seien von der Bei Wai kaum Leute dabei gewesen. Das hänge mit dem hohen Frauenanteil zusammen, denn die Frauen würden nicht so demonstrieren. Im Prinzip sei das bei uns auch so, meinte ich, nur bei den RAF-Terroristen (die ihr ein Begriff sind) habe es eine weibliche Mehrheit gegeben. Sie kennt Trotzki, ich meine, über seine Rolle nach der Auseinandersetzung mit Stalin könne man nichts Genaues sagen. Die „permanente Revolution“ habe ich als Gedanken auch bei Mao gefunden, aber der hat sich selbstredend nicht auf Trotzki berufen. Irgendwie Fragen von gestern. 1989 sei, sagt Yufei, in der heutigen Studentengeneration vergessen. Man wolle Geld verdienen; dafür gehe man auch ins Ausland. Ich erzähle von meinen vergeblichen Bemühungen, bei geplanten Produktionsverlagerungen deutsche Beschäftigte zu einem „Wir gehen mit“ zu veranlassen; nicht mal nach Budapest würden sie gehen, obwohl die Zugfahrt dorthin nicht länger dauere als die von Beijing nach Nanjing. Hier gehe man sogar dann ins Ausland, wenn man die Sprache nicht verstehe. Sie

selbst hat das nicht vor; sie will lieber den Studenten erzählen, wie sich die chinesischen Schriftzeichen im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben. Was sie bei mir verdient, tut sie aufs Sparkonto. Sie hat eines bei der ICBC, der größten chinesischen Bank, die gerade 30 % ihres Kapitals an Aktien ausgegeben hat. Die größte Aktienemission der bisherigen Wirtschaftsgeschichte, irgendwo bei 20 Mrd. \$, aber davon weiß sie nichts. Entscheidend für das Interesse der Investoren sind die 150 Mio. Kunden der Bank; knapp doppelt so viele als Deutschland Einwohner hat. Die Tatsache, dass der Staat 70 % der Abteile behalten hat, ist ohne Bedeutung – im Grunde erstaunlich, da die Übernahme z.B. von Aufgaben beim Ausbau der Infrastruktur erhebliche Gewinneinbußen mit sich bringen kann. Würde mich da nicht beteiligen, aber das Interesse in Hongkong und Shanghai ist enorm; mehr als fünf mal so viel Nachfrage wie Angebot. Geldanlage als Existenzsicherung scheint noch kein Konzept zu sein.

Irgendwie kommen wir auf die Musik zu sprechen. Die „Internationale“ gibt’s natürlich auch auf Chinesisch, aber die Übersetzung sei nicht korrekt. Man habe chinesischen Geist hineingepackt. Man habe in den 50-er und 60-er Jahren selbst viele russische Lieder gehabt. Sie singt mir den Anfang von „Katjuscha“ vor (was will man mehr?). Es fängt auch im Chinesischen mit den blühenden Apfel- und Birnbäumen an. Sie ist aber 1984 geboren und Big Brother ist ihr durchaus ein Begriff. Das Datenschutzverständnis ist nicht so entwickelt wie bei uns. Bei den meisten Firmen sei das Servieren im Internet frei, nur etwa 10 % würden es einschränken oder verbieten. Es gehe nicht nur um E-Mails, sondern auch um Google usw. Man sehe aber in den Firmen wie in der Bei Wai automatisch, wer sonst noch gerade im Netz sei. Ich kann nicht recht verständlich machen, dass dies bei uns alle auf die Palme bringen würde.

Prof. Wang und dem Dekan erzähle ich, dass das internationale Wirtschaftsrecht die Studenten sehr interessiert hätte. Wir kommen auf Nordkorea zu sprechen. Wang findet die dortige Regierung absolut bescheuert. 40 Jahre lang hätten sie die Chinesen durch Lieferungen am Leben erhalten und mit den Amis vereinbart, diese würden Taiwan mäßigen und dafür die Chinesen Nordkorea. Und nun der Atomversuch. Solange Kim lebe, würde er sicher nicht gestürzt. Es gebe schon über 100 000 Nordkoreaner, die in China bleiben, weil es im Norden eine koreanische Minderheit gibt. Die Ausreise erfolgt aber über Drittstaaten, sonst würde es diplomatische Verwicklungen geben. Bei Sieren habe ich gelesen, dass die Nordkoreaner über unheimlich viele Bodenschätze verfügen. Die könnte man erschließen, ohne das Auslandskapital im Alltag so in Erscheinung treten zu lassen wie in China. Wenn sie

klug beraten sind, werden sie in Nordkorea davon Gebrauch machen. Auch muss man sehen, dass man als Atommacht eben ganz anders als früher behandelt wird. Was bei den Kunden der Deutschen Bank die 2 Mio.-Grenze, bei deren Überschreitung man ein richtiger Mensch wird, das ist im internationalen Verkehr die Atombombe. Man ist nicht mehr beliebig erpressbar. Ich kann jedenfalls die Nordkoreaner ganz gut verstehen; man muss als „Schurkenstaat“ ja nicht so lange warten, bis es einem wie dem Iraq ergeht.

Ich komme heute (Donnerstag) ins Dekanat und höre automatisch ein Telefongespräch des Dekans mit. „Nein, wir sind nicht wie die DDR“. „Wir schicken unsere Leute ins Ausland und wir laden selbst viele von dort ein. Genau das hat die DDR nicht gemacht.“ Ich nicke nachhaltig mit dem Kopf, amüsiere mich ein wenig. Als das Gespräch zu Ende ist, sagt er mir, er habe mit dem deutschen Kulturattache gesprochen. Der habe einen Mitarbeiter in die Bei Wai geschickt, um den Raum für ein gemeinsames Konzert zu besichtigen. Der Augenschein erbrachte ein eher negatives Ergebnis; man fühle sich in dem Raum wie in der DDR, meinte die deutsche Botschaft. Offensichtlich hat der Diensthabende den Kurs „interkulturelle Kommunikation“ versäumt. Natürlich sind die Gebäude alt; mich erinnern sie an meine Schule in den fünfziger Jahren. Da meine Erinnerung aufs Ganze gesehen positiv ist, fühle ich mich wohl darin, obwohl die Gebäuderenovierung offensichtlich nie auf der Tagesordnung stand. Ich sage das auch. Aber eigentlich ist's erstaunlich, dass der Dekan sich noch immer argumentativ verteidigt, dass man anders sei als die DDR. Die Realität zeigt das doch jedem nicht ganz blöden Menschen jeden Tag. Aber bis es die Diplomaten merken...

Von Nerlich will ich abends wissen, ob es in der Partei eigentlich auch eine relevante Gruppe von Leuten gebe, die die augenblickliche Marktwirtschaft nur als Übergangsphänomen betrachten. Es gebe einen im Politbüro, der sei gegen die Liberalisierung, aber die andern seien dafür. Das sagt im Grunde herzlich wenig. Meine „Arbeitshypothese“, die Partei sei eine Agentur zur wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, findet er ganz nett. Wie ernst das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ zu nehmen ist, weiß er nicht; er hat auch keine Einschätzung dazu. Irgendwie eine für ihn nebensächliche Frage. Bei der Korruption meint er, es gehe so gut wie nie um Geldzuwendungen. Vielmehr werde halt dem Kind des Entscheidungsträgers ein Studium im Ausland ermöglicht. Auch hier steht der Einschätzung „Korruption ist verbreitet“ keine Benennung konkreter Fälle gegenüber. Am Ende wird weniger beschissen als bei uns... Glaube das aber nicht wirklich.

Im Gespräch mit dem Ehepaar Zhang – er Assistenzprofessor an der Beida, sie betreut mich bei der Uni für Politik und Recht – ergeben sich ein paar weitere Gesichtspunkte. Ich hätte gehört, sage ich, dass an einer chinesischen Uni die Übung bestehe, dass der Rektor von allen Forschungsgeldern einen persönlichen Anteil bekomme, ebenso der Dekan. Breites Grinsen, ja, da sei so. Ist ja wohl nicht Sinn der Forschungsgelder. Gewissermaßen eine Vermittlungsprovision, obwohl die fraglichen Herren ausschließlich in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben. Der Unterricht in Marxismus wird mit dem Religionsunterricht bei uns verglichen, niemand nehme ihn wirklich ernst. Ich meine, diese Praxis sei eine der wenigen irrationalen Punkte, die mir in China aufgefallen seien. Man könnte ja so gut die chinesische Gesellschaft unter Bezugnahme auf Marx erklären, aber das tut man nicht. Die Kurse wegfällen zu lassen, kommt auch nicht in Betracht. „Ein Symbol“ wie wir gemeinsam feststellen.

An der Beida gibt's einen Marxisten, so Anfang 60, Prof. Gong, der heftig gegen den Sachenrechtsentwurf polemisiert hatte („Man kann nicht den Bettelstab und die Luxusvilla nach gleichen Grundsätzen behandeln“). Zhang ist als von Deutschland geprägter Sachenrechtler nicht gut auf ihn zu sprechen; Gong sei übrigens „für das ganze Recht“ zuständig. Er habe in Jugoslawien studiert, ob er dort überhaupt einen Dokortitel erworben habe, wisse er nicht. Er scheint den Ruf einen „Konservativen“ zu haben, meine Göttinger Doktorandin Wang hatte genauso auf ihn reagiert. Irgendwie scheint es aber keinen wissenschaftlichen Diskurs auf Marx'scher Grundlage zu geben.

Der „China Daily“ vom 13.11. entnehme ich, dass die Partei 70 Mio. Mitglieder hat und seit dem letzten Kongress vor vier Jahren 6 Mio. dazugewonnen hat. In der zweiten Jahreshälfte 2007 soll der 17. Kongress stattfinden. Leitende Kader sollen nicht mehr als 70 % der Delegierten ausmachen. Um die 30 % „Basis“ sicherzustellen, ist die Zahl der Delegierten auf 2200 erhöht worden. Auch sollten mehr Leute aus Privatbetrieben sowie Arbeiter, Bauern und freie Berufe sowie Frauen dabei sein. Mal sehen, ob's klappt.

Miao ist keine Freundin der Partei, und sie sagt, so was wie in den USA, wo Bush seine Mehrheit verloren hat, sei hier nicht denkbar. Das sei auch gar nicht so schlecht, denn was würde wohl passieren, wenn man plötzlich einen Bauernführer als Präsidenten habe? Gewissermaßen einen chinesischen Lepper, denn 800 Mio. leben immer noch auf dem Lande. Das bestätigt meine Einschätzung, dass die Partei auch von relativ Privilegierten unterstützt

wird, weil man ohne sie nicht wüsste, was geschieht. Ihr Vater ist übrigens seit seiner Verbannung aufs Land während der Kulturrevolution Mitglied der Partei, darf allerdings als Vizerektor der Uni grundsätzlich nicht allein ins Ausland reisen. Man habe die hohen Uni-Funktionäre immer besonders im Visier wegen Korruptionsverdachts; bei Gruppenreisen könne er allerdings mit. Das belaste ihn aber wenig, weil er nicht gerne verreise.

Nach der Lehre von Konfuzius ist der Herrscher an ethische Prinzipien gebunden. Wenn er sich darüber hinwegsetzt – ein Fall der nicht explizit angesprochen sei – gehe die Geschichte über ihn hinweg. In der Song-Dynastie habe es da mal eine andere Auffassung gegeben, die eine Art Widerstandsrecht befürwortet habe. Später habe man das aber nicht mehr aufgegriffen. Die Herrschaft der Partei lässt sich gut mit Konfuzius begründen. Ich spreche von „Kaiser Tschiang“ (Tse min) und „Kaiser Hu“ (Jintao), was aber keinen Beifall findet; irgendwie sind das doch noch zwei Welten.

Beim Vortrag an der Renmin-Uni greife ich ein bisschen den Gedanken auf, man könne doch nicht alles vom Herrscher erwarten. Das sei ein Fehler des Konfuzianismus. Wenig Reaktion. Ebenso beim Gegenprogramm aus der „Internationale“: Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Am nächsten Tag frage ich Yufei, wie denn die fragliche Stelle auf Chinesisch lautet. Genauso; den „Tribun“ hat man weggelassen, was den Sinn aber nicht verändert. Nur die „Älteren“ so ab 40 (bin ich schon eine Mumie?) würden den Text noch kennen, weil sie ihn in der Schule gelernt hätten. Heute komme die Internationale weder im Rundfunk noch im Fernsehen vor und werde auch in der Schule nicht unterrichtet. In der Partei werde sie nur gesungen, wenn man in einer „Zeremonie“ neue Mitglieder aufnehme. Die Melodie kenne jeder, aber den Text würde man vorher verteilen. Fast wie bei „Ein feste Burg ist unser Gott.“ Das kennen bei uns aber nur noch die über 70-jährigen.

Ich erzähle Yuhan Grassis Beobachtung, es habe ein finster dreinblickender Mensch hinten eifrig mitgeschrieben. Das könne vielleicht ein Redakteur eines Studenten- oder Fakultätszeitung gewesen sein, meinte sie. Nein, er hätte an den Geheimdienst gedacht. Sie musste spontan lachen, man könne in China alles sagen. Ich meine, das stimme schon, aber das schließe nicht aus, dass die Obrigkeit es trotzdem zur Kenntnis nehme und speichere. Sie bleibt skeptisch; ich hätte im Übrigen aber auch nichts Provokatives gesagt. Kein Grund zur Beunruhigung; bis auf weiteres kann man die „Internationale“ zitieren, auch wenn sie sich theoretisch gegen Kaiser Hu wenden könnte.

In der „China Daily“ kommt heute auf S. 1 als große Überschrift das Fünf-Jahres-Hoch an der Shanghaier Börse; der Besuch von Hu in Indien kommt erst auf S. 2, stammt übrigens von Li Xing, deren Beiträge mir immer so gefallen haben. Gestern wurde allerdings Hu gut in Szene gesetzt: Auf S. 1 ein Bild von ihm mit der recht ansehnlichen Frau Bachelet aus Chile neben ihm. Dahinter in der zweiten Reihe ein nicht besonders glücklich aussehender Bush sowie Putin und der thailändische Putschisten-Ministerpräsident. Das Ganze ein Ausschnitt aus dem Gruppenphoto auf der APEC-Konferenz in Hanoi. Da weiß man doch, wer in der ersten Reihe steht...Am folgenden Tag dann auf S. 1 ein Bericht über den Indien-Besuch. Es soll auch Überlegungen über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums geben.

In der Chinesisch-Stunde am Mittwoch kommt die Rede auf den Notruf bei der Polizei, der auch in China 110 lautet. In den USA soll er 119 sein. Nach dem 9. September. Yufei hat diesen noch im Gymnasium erlebt. Als es passierte, war es Nacht in China, es ist dann am nächsten Morgen bekannt gegeben worden. Irgendwie hätten sich alle gefreut, dass auch mal die Amis eins drauf gekriegt hätten. Man wolle zwar nach den USA und dort studieren oder vielleicht sogar leben, aber man möge die US-Politik trotzdem nicht. Ich erzähle von dem Spruch eines Freundes, der meinte, es sei grotesk, dass ausgerechnet diese religiösen Eiferer etwas zustande bringen, was die ganze Arbeiterbewegung noch nie vermocht hätte. Das sei aber natürlich für Deutschland nicht repräsentativ.